



## ZUR AKTUELLEN DEBATTE UM DIE VEREINBARKEIT MIT DEM GRUNDGESETZ

# Ist der Islam eine Religion?

GASTBEITRAG | Aktuell steht in der Diskussion, ob bzw. wie weit sich Muslime auf Art. 4 Abs. 2 GG – „Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet“ stützen können. Leider fehlt es zu diesem GG-Artikel an einer allgemeingültigen Definition des Begriffs „Religion“.

Wikipedia definiert sie als „Sammelbegriff für eine Vielzahl unterschiedlicher Weltanschauungen, deren Grundlage der jeweilige Glaube an bestimmte transzendente (überirdische, übernatürliche, übersinnliche) Kräfte ist, sowie häufig auch an heilige Objekte.“ Demnach wäre z.B. auch Satanismus eine Religion. Zu seiner Ausübung sollen u. a. Körperverletzungen, der Missbrauch von Schutzbefohlenen und andere Handlungen gehören, die im Geltungsbereich des Grundgesetzes unbestritten als Straftaten gelten. Diese Handlungen dürften die Väter des GG nicht gemeint haben, als sie die Ausübung von Religion gewährleisten wollten.

Die Väter des GG sind in einer Welt christlicher Traditionen aufgewachsen, wie wohl auch viele Leser dieser Zeilen. Demnach bedeutete für sie Religion eine Weltanschauung auf der Grundlage des Glaubens an transzendente Kräfte, welche vom

Menschen eine Art zu leben fordern, die ihnen als die einzig möglich von einem Gott gewollte erschien: Friedfertig, respektvoll gegenüber allen Geschöpfen, insbesondere untereinander, gegenseitig hilfsbereit und in liebevollem Umgang untereinander. Das GG stand damit im vollen Einklang.

## **Der Islam spielte bei der Entstehung des Grundgesetzes keine Rolle**

An die Möglichkeit einer Religion, die z.B. allen, die sich nicht zu ihr bekennen, nur mindere Rechte zubilligt, stellenweise gar ihrer zu Tötung auffordert, dachten seine Verfasser offenbar nicht. Sonst hätten sie eine Regelung ins GG aufgenommen, wie zu verfahren ist, wenn zur ungestörten Ausübung gehört, im GG stehende Grundrechte zu verletzen, z.B. das Grundrecht auf das Leben und die körperliche Unversehrtheit gem. Art. 2 Abs. 2, die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und das Bevorzugungs- und Benachteiligungsverbot wegen des Glaubens und religiöser Anschauungen in Art. 3.

Das Fehlen einer solchen Regelung wäre zwar vermeidbar gewesen, hätten die Verfasser des GG vor dessen Formulierung den Koran und die Sunna studiert, oder sich wenigstens ausführlich von Kennern dieser Schriften beraten lassen. Dies offenbar unterlassen zu haben, sei ihnen jedoch nachgesehen. Hierzulande kannte kaum jemand besagte Schriften näher, und die Verfasser des GG vermutlich auch nicht. Nichts deutete auf die mögliche Existenz einer Religion hin, zu deren Ausübung ausgerechnet die Verletzung der Grundrechte gehörte, die man gerade am Festschreiben war.

Den Vätern des GG dürfte es ähnlich gegangen sein wie dem Verfasser dieses Beitrags und wohl auch den meisten anderen schon länger hier Lebenden:

Sie wuchsen in einer Zeit, die sie für modern hielten, in christlicher Tradition auf, gingen offenbar davon aus, wie

die christlichen Lehren würden auch alle anderen heutigen Religionen allumfassend nur Frieden, Liebe und gegenseitigen Respekt predigen. Sich mit diesen anderen Religionen näher zu befassen, hatten sie keine besondere Veranlassung. Ohne deren nähere Kenntnis glaubten sie offenbar, die Unterschiede zwischen den heutigen Glaubensrichtungen beträfen nur Feinheiten des Glaubens und der Rituale, etwa ob es einen über allem stehenden Gott gibt, ob er ggf. dreifaltig ist, ob Jesus Christus Bestandteil dieser Dreifaltigkeit war, statt von einem Menschenmann vom Heiligen Geist gezeugt war, ob er nach seiner Kreuzigung wieder von den Toten auferstanden ist, ob die oberste Instanz Gott, Jehova, Allah oder sonst wie heißt, wann man wie fasten oder feiern soll, wie viele Ehepartner man haben darf usw. .

### **Die Bedrohung kommt direkt aus dem Islam**

Lange nach der Abfassung des GG trat allerdings seit einigen Jahren das zuvor völlig unbekannte Phänomen weltweit immer zahlreicher werdender brutaler Tötungsdelikte unter dem Ausruf „Allahu akbar“ auf. Jedermann weiß heute, dass dieser Ausruf ebenso Teil islamischer Religionsausübung ist wie das Beten des Vaterunsers im Christentum. Da man jedoch hierzulande von ähnlicher Friedensliebe und Wertschätzung jeden menschlichen Lebens im Islam ausging, wie man es vom heutigen Christentum kannte, musste man nach den ersten besagter Mordanschläge mit dem „Allahu akbar“-Ruf noch nur von einzelnen geisteskranken Tätern ausgehen, die rein zufällig Muslime waren. Doch fanden inzwischen so viele derartige Anschläge statt, dass ein kausaler Zusammenhang mit dem Islam nicht mehr vernünftig bezweifelt werden kann. Spätestens, seit mit dem IS eine fünfstellige Zahl erklärter Islamanhänger unter vieltausendfachem brutalstem Morden in Syrien und dem Irak eine große Landfläche mit Millionen Einwohnern zur Errichtung eines islamischen Gottesstaates in ihre Gewalt brachten, lehrt die Wirklichkeit, dass – so friedfertig die meisten einzelnen Muslime persönlich sein mögen – vom Islam

erhebliche Gefahr für die Welt ausgeht. Jede Politik, die den Anspruch erhebt, Schaden von der Welt oder unserem Volk abwenden zu wollen, muss diese Gefahr ernst nehmen und darauf eine adäquate Antwort suchen.

Seriöserweise sind dafür als erstes die Gefahrursachen zu erforschen. Da die Bedrohung aus dem Islam kommt, muss dazu dieser verstanden werden. Die Grundlagen seiner Lehre finden sich in seinen Schriften Koran und Sunna.

### **Die Kenntnis von der Natur des Islam ist für jeden Volksvertreter ein Muss**

Sich mit ihnen ausreichend intensiv zu beschäftigen, um den Islam hinreichend zu verstehen, kann von einem Nichtmoslem normalerweise nicht erwartet oder gar verlangt werden, und die wenigsten in unserem Land werden es tun. Folgerichtig verstehen nur sehr wenige den Islam wirklich, was ihnen auch nicht vorzuwerfen ist. Doch über den Umgang mit dem Islam heute politische Entscheidungen zu treffen, ohne ihn profund verstanden zu haben, ist mindestens so verantwortungslos wie Autofahren ohne Fahrschule und Führerschein. In der heutigen Zeit ist daher eine intensive Befassung mit Koran und Sunna für Bundespolitiker ein absolutes Muss. Leider wird es offenbar verbreitet ignoriert.

Wer jene grundlegenden Schriften des Islam liest, dem wird es zwangsläufig wie Schuppen von den Augen fallen, woher die Gefahren kommen, wie groß sie sind, und was entscheidende Unterschiede etwa zu den christlichen Lehren sind:

Während etwa die heilige Schrift der Christen vor allem Liebe und Achtung vor jedem Leben predigt, ihr Stifter Jesus Christus trotz erheblicher Anhängerschaft auf jegliche Gewaltanwendung verzichtete, sondern sich sogar von seinen Gegnern völlig widerstandslos foltern und ermorden ließ, handelt es sich bei Koran und Sunna um eine Art Biographie eines äußerst brutalen, gewalttätigen Kriegsherren, vielfachen

Mörders und Mordauftraggebers im Stile seiner grenzenlosen Verehrung. Sein Name: Mohammed. Offenbar hatte dieser das historisch einzigartige Kunststück fertiggebracht, in jenen Schriften seine Gräueltaten schon seit ca. 1400 Jahren als mustergültig und sich selber als Gottes ultimativen Propheten feiern zu lassen. Diese Schriften triefen vor Blut und Aufrufen zur Tötung z.B. Ungläubiger. In der Geschichte erwiesen sie sich als hervorragende Grundlagen für ausgedehnte militärische Eroberungen ihrer Anhänger. Darauf beruht historisch die große Ausbreitung des Islams in der Welt mit weit über einer Milliarde Anhängern. Das Christentum hingegen hatte sich überwiegend friedlich durch Missionierung und Bekehrung ausgebreitet.

Erfreulicherweise morden trotz der blutrünstigen Schriften des Islam die meisten heutigen Muslime nicht. Sie sind nur deshalb Muslime, weil ihre Geburtsländer vor vielen Jahren von Mohammeds Anhängern erobert wurden. Aber wie der Autor dieses Aufsatzes bestürzt feststellen musste, trägt der Islam als Grundlage des oben genannten Mordens des IS und anderer islamischer Organisationen die blutige Gewalt – wie auch Ungleichbehandlung von Mann und Frau so wie Versklavungen – in sich.

Für die überwiegende Mehrheit unseres Kulturkreises wohl völlig unfassbar gehört sogar das Töten eines Menschen, nur weil er vom Islam abgefallen ist, zur Ausübung des Islam. Eine solche Religionsausübung kann unser GG nicht schützen wollen.

**Verantwortliche Politik kommt an solchen Inhalten nicht vorbei**

Insbesondere muss sie die Unstimmigkeit zwischen dem Art. 4 Abs. 2 GG einerseits und Art. 2 Abs. 2 und Art. 3 GG andererseits beseitigen, die uns der Islam gegenwärtig aufzeigt.

Darauf zielt z.B. der AfD-Abgeordnete Glaser ab, der die

aktuelle Diskussion auslöste. In Ermangelung einer Legaldefinition des Begriffs Religion in Art. 4 Abs. 2 GG, schlägt er vor, ihn so zu verwenden, wie die Verfasser des GG ihn gemeint haben müssen. D.h. dass nur Weltanschauungen unter diesen Begriff fallen können, die dem GG nicht entgegen stehen. Der Islam verfehlt jenes Kriterium, weil er seinen Anhängern mehr Rechte zuerkennt als anderen, Männer und Frauen rechtlich ungleich stellt und ein Rechtssystem mit Strafen vorsieht, welche das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit einschränken.

---



## **Friedrichshain-Kreuzberg vergibt Preis an linke „Kämpfer gegen die AfD“**

Von L.S.GABRIEL | Am 21. November soll im Berliner Jugendwiderstandsmuseum in der Rigaer Straße 9/10 (ehemalige Galiläakirche) der sogenannte „Silvio-Meier-Preis“ vergeben werden. Der Preis wird in diesem Jahr zum zweiten Mal an tapfere Kämpfer gegen Rechts und sonstige Samariter im Dienst der Linken verliehen.

Einer der Preisträger in diesem Jahr ist das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“, das sich ganz besonders dem Kampf gegen die AfD verschrieben hat und es als eine seiner Aufgaben

sieht, überall wo die AfD präsent ist „dagegen aufzutreten“, also deren Veranstaltungen zu stören.

Das Bündnis, in dem sich ein illustrierter Kreis aus Mitgliedern von SPD, Grünen, Antifa, Gewerkschaftern, Gut- und Bessermenschen zusammengefunden hat, organisierte 2016 erstmals Ausbildungen zu sogenannten „Stammtischlämpfern“ und wird im [Verfassungsschutzbericht](#) von Baden-Württemberg für 2016 erwähnt (PI-NEWS berichtete [hier](#) und [hier](#)).

### **Namensgeber ist toter Linksextremist und Hausbesetzer**

Pikant und bezeichnend an der Sache ist auch der Namensgeber dieses Preises. Silvio Meier war ein Linksextremer und Hausbesetzer der Antifa, der 1992 im Zuge einer Schlägerei zwischen Hooligans und Hausbesetzern von einem Hooligan erstochen wurde. Die Antifa stilisierte ihren „Helden“ zum Märtyrer, der von einem „Nazi“ ermordet worden sei. Jahre später wurde dann sogar eine Straße im Bezirk nach Meier benannt. Die Bezirksregierung ist der Antifa schließlich eng verbunden. Bis heute werden Gedenkveranstaltungen für Meier abgehalten, der laut Gericht die am Ende für ihn tödliche Auseinandersetzung aber selbst angestoßen haben soll, indem er gegen einen der späteren Täter [handgreiflich wurde](#).

Zweite Preisträgerin ist die waschechte GutmenschIn [Edeltraut Pohl \(75\)](#), Beauftragte für Ausländerarbeit in der Galiläa-Samariter-Gemeinde, wo sie sich um Merkels Gäste und andere Migranten kümmert und bei Behördengängen und der Suche nach Unterkünften hilft. Sie sorgt auch für medizinische Betreuung und anwaltliche Vertretung im Kampf gegen deutsches Recht und die Interessen der „schon länger hier Lebenden“.

### **Demokratiefeindliche Agitation**

Des Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ propagiert u.a. die AfD sei rassistisch, unsozial und rückständig. Und: „AfD wählen = Nazis wählen“. Diese und andere Parolen entlarven ihre Unterstützer als demokratiefeindlich und argumentlos.



Unterstützer des ausgezeichneten Bündnisses sind u.a.:

- Manuela Schwesig (Stellvertretende Parteivorsitzende der SPD)
- Ralf Stegner (Stellvertretender Parteivorsitzender der SPD)
- Dr. Katarina Barley (Generalsekretärin der SPD)
- Cem Özdemir Grüne (Bundesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen)
- Simone Peter (Bundesvorsitzende der Partei Bündnis 90/Die Grünen)
- Katrin Göring-Eckardt (Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- Anton Hofreiter (Vorsitzender der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- Petra Pau (MdB LINKE)
- Matthias Beer (Gewerkschaftssekretär IG Metall)
- Frank Bsirske (ver.di Bundesvorsitzender)
- Marcus Adler (Vorsitzender Bundesjugendwerk der AWO e.V.)
- Antifa Herzogtum Lauenburg
- Antifa Interventionistische Linke



- Attac Deutschland
- Chaos Computer Club e.V

Auszeichnungen für Verfassungsfeinde und Agitatoren gegen die Interessen der Deutschen, so weit unten im linken Sumpf ist Berlin angekommen. Es geht aber bestimmt noch tiefer, was aber die Chance birgt, dass die Deutschlandvernichter irgendwann in ihrem eigenen Morast untergehen.

---



## **„Schwert und Schild“ und das Kasperle-Theater der WELT**

Von PETER BARTELS | Sie schreibt, wie sie aussieht – nett aber naiv – [hier über AfD, PEGIDA und die Identitären!](#) Richtig peinlich ist nur, dass die WELT so was druckt. Obwohl Springers einst konservatives Kampfblatt vom Leser nur noch auf die Zwölf kriegt, seit es auf Linke Latte macht...

Ricarda Breyton, 26 (früher „Geschreibsel im SÜDKURIER“), war in Dresden. PEGIDA feierte den 3. Jahrestag. 2016 hatte sie sich öffentlich der „Springer Akademie“ (früher bescheiden Journalistenschule) vorgestellt: „Der Journalismus und ich waren zwei Jahre zusammen, da trennten wir uns das erste Mal. ‘Suchen Sie sich lieber was Neues’, sagte mir der Mann vom Arbeitsamt. Er war Experte und er wußte, dass der Journalismus krank war.“ Ricardas Pegida-Plotte zeigt, wie krank wirklich ...

Natürlich war die PEGIDA-Veranstaltung für sie „bizarr“, kam sie ihr „wie ein „Islamfeindliches Kasperletheater“ vor... die „wachsende Nähe“ zur AfD, die „rechtsextreme Identitäre Bewegung“. Und natürlich „verteilt einer Schnäpse aus dem Erzgebirge“ ...Lassen Jugendliche Ferrero-Küsschen rumgehen... Singt eine Gruppe zu Gitarrenklängen: „Volkszerstörer, ihr Herren der Welt, endlich wird eure Herrschaft gefällt.“ Immerhin, das WELT-Mädel läßt „singen“. Bei BILD-Opa Wagner durften die Dresdner „Stille Nacht – Heilige Nacht“ nur GRÖLEN.

### **Aber auch Ricarda kann linientreu:**

„Seit drei Jahren ‚marschiert‘ (zwo, drei, vier, Gleichschritt ...?) Pegida durch Dresden, warnt vor einer ‚Islamisierung des Abendlandes‘ ... Waren es früher 20.000, gingen zuletzt nur nach 1500 bis 2000 auf die Strasse, schmatzt sie sich zufrieden. „Auch zur Geburtstagsfeier kommen ... maximal 3000 „weiß“ sie, läßt aber von „Durchgezählt“ (ein paar linke Lümmel) nochmal nachzählen: nur 2200 bis 2800. Bei der Gegendemonstration auf dem Neumarkt weiß sie es dann aber ganz genau: 3500 sagt der MDR. Und der weiß es von der Polizei. So geht postfaktisch ...

Leider läuft (in Dresden) für Ricarda vieles schief: „Eine halbe Stunde nach dem geplanten Beginn, „skandieren“ sie „Anfangen, anfangen“ ... Einige, die gerade noch „fröhlich gesungen haben (schon wieder nicht gegrölt), beginnen sogar ihre Fahnen einzurollen. Und dann fängt es (auch noch) an zu regnen“ (soll heißen: Nicht mal Petrus mag Pegida!). Für das WELT-Mäuschen droht jetzt aber die Stimmung zu kippen... Da steigen „kurzerhand der Neu-Rechte Götz Kubitschek (Verleger radikaler Schriften) und Martin Sellner (Chef der Identitären Bewegung in Österreich)“ auf den Sockel des Reiterdenkmals und beginnen Pflastersteine zu versteigern...“

Die stammen natürlich nur „angeblich“ aus Halle, wo „Unbekannte“ (nie nicht die von der blonden SPD-Plumpabacke gesponserte Antifa) ein [Haus von „einprozent“ angegriffen](#). Dann,

„nach einer Stunde ... Michael Stürzenberger, Autor des islamfeindlichen Blogs „Politically Incorrect“ (sie meint PI-NEWS!!), die Publizisten Renate Sandvoß und Jürgen Elsässer (Chefredakteur COMPACT). Die Vorwürfe der deutschen Patrioten wischt das Dämchen von WELT als „bekannt“ vom Tisch, druckt dann aber doch: „linksgestörte Journalisten“ ... „linksgestörte Politiker“ ...“politisch korrekte Apparatschiks“.

Und wiegelt ab: „Aber darauf kommt es auch gar nicht so an (eben doch, genau darauf, Fräulen Pute!). Das Dummchen: „Worauf es ankommt, ist ... dass ein Großteil der Pegida-Anhänger einfach immer applaudiert – egal wie einfältig oder radikal die Thesen sind... Beispiel Stürzenberger. Als der AfD-Mann Albrecht Glaser zitiert, dass er den Muslimen das Grundrecht der Religionsfreiheit entziehen will (was er nicht mal im Ansatz tat!), klatscht die Menge. Stürzenberger ... (die Bundestagsabgeordneten) seien „Kollaborateure einer totalitären Ideologie, die die Macht erringen, uns die Scharia aufzwingen und alle unterwerfen will, auch unter Anwendung von Gewalt und Töten“.

Ricarda offenbar baff: „Zur Unterstreichung lässt er ein Dutzend Burka-Trägerinnen Pappschilder mit Koransuren in die Höhe halten. Ein „islamfeindliches Kasperletheater“, befindet die Jung-Reporterin. Klar, seit sie die WELT lernt, hat sie nur noch Zeit für von Fakten gereinigte Zeitungen...

Aber genauso lese- und lebenserfahren kanzelt sie Renate Sandvoß ab, die nämlich nicht über das Sexualverhalten von Muslimen REFERIERT, sondern SCHWADRONIERT: „Muslimischen Frauen ist unter Strafe verboten, sich mit Nicht-Muslimen fortzupflanzen“ ... „Während muslimische Männer gehalten sind, die Frauen fremder Glaubensrichtungen zu schwängern ... frei nach dem Motto: Und bist Du nicht willig, so brauch ich Gewalt“. Zum Glück „behauptet“ die Sandvoß das ja nur. Und die Ricarda glaubt lieber dem linken „Latte-Liebhaber“ und Chefredakteur Po-schardt auch diese Lügelei. Dass er einst wegen ähnlicher Lügen-Geschichten mit seinem Kumpel von der

SÜDDEUTSCHEN gefeuert wurde, kann sie ja nicht wissen. Da ging sie noch zur Schule, glaubte an den Weihnachtsmann, heute nicht mal mehr an den lieben Gott.

### **Kleine Hilfestellung**

Dann spitzt sie aber wieder die Öhris: „Es gebe viele Arme der Pegida, sagt Stürzenberger – die AfD sei ihr parlamentarischer. Und der Publizist Elsässer: „Die AfD ist der Schild, und Pegida ist das scharfe Schwert.“ Und, Frollein? Sie werden wieder nicht wissen, wie, wo, was, hier little help: Der Begriff „Schutzschild“ geht auf die vom bayrischen AfD-Landeschef Bystron entwickelte „Schutzschild-Strategie“ zurück. Darin forderte der Diplom-Politologe, die AfD müsse das parlamentarische „Schutzschild“ für alle außerparlamentarischen Gruppen sein, die vom Staat und den Medien zu Unrecht verfolgt oder diffamiert werden.

Bystron wiederholte diese Forderung bei zahlreichen öffentlichen Auftritten. Es sei die „Verantwortung von uns, die in die Parlamente einziehen, die Menschen zu beschützen, die auf der Straße für die gleichen Anliegen kämpfen, wie wir“ so Bystron.

Alles klar, junge Frau?! Um den noch verbliebenen WELT-Lesern zu beweisen, wie „journalistisch korrekt“ sie ist, zitiert Blondchen schließlich aus dem Polizeibericht: Gegen einen Pegida-Anhänger sei ein Verfahren wegen Zurschaustellens eines Hakenkreuzes eingeleitet worden ... Gegen einen Gegendemonstranten, weil er eine KPD-Fahne „dabei hatte“.

Merken Sie den Klammerbeutel, mit dem sie ihre WELT bis zum Schluß pudert? Die „Nazi“-Nase stellt ein „Hakenkreuz zur Schau“ (verbotene Werbung!!) ... Der tapfere „Gegendemonstrant“ hatte die KPD-Fahne (doch nur) „dabei“. Ein Fähnchen in Ehren, erst einem Molotowchen müßte man wehren.

Leider hat Ricarda seinerzeit nicht auf den klugen Mann vom Arbeitsamt gehört ...

PS: Seit 2005 hat die WELT 32,1 Prozent ihrer Käufer verloren – 80.668! Sie sackte von 250.728 auf nur noch 170.560. Das Beste wie immer zum Schluß: SPRINGER läßt das linke Kader-Blatt den Anzeigenkunden immer noch als „bürgerlich-konservativ“ und „markoliberal“ andienen. Das ist nun wirklich lustig. Jedenfalls Fakenews...

---



Ex-BILD-Chef  
Peter  
Bartels.

[PI-NEWS-Autor Peter Bartels](#) war zusammen mit Hans-Hermann Tiedje zwischen 1989 und 1991 BILD-Chefredakteur. Unter ihm erreichte das Blatt eine Auflage von 5 Millionen. In seinem Buch [„Bild: Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung“](#), beschreibt er, warum das einst stolze Blatt in den vergangenen Jahren rund 3,5 Millionen seiner Käufer verlor. Zu erreichen ist Bartels über seine [Facebook-Seite](#)!

---



# Bremen: St. Martini-Kirche verwüstet

Bisher noch [unbekannte Täter verwüsteten](#) am vergangenen Wochenende die St-Martini-Kirche in der Hindenburgstraße in Bremen-Burglesum. Die Zerstörung wurde am Sonntagvormittag vom Küster der Kirchengemeinde entdeckt. Auf Boden und Taufbecken wurde Acrylfarbe verteilt, zwei Orgeln mit Bauschaum gefüllt und alle Feuerlöscher, derer die Täter in der Kirche habhaft werden konnten, wurden ebenfalls entleert und die Kirchenbänke damit verschmutzt. Die Gemeinde beziffert den entstandenen Schaden mit rund einer halben Million Euro.

Auch die Erfurter St. Wigbert-Kirche wurde Opfer eines Angriffs. Laut [Polizeibericht](#) versteckten sich offenbar einer oder mehrere bisher unbekannte Täter am Freitagnachmittag in der Kirche in der Regierungsstraße und ließen sich einschließen. Danach wollte sie den Opferstock plündern und durchsuchten verschiedene Schränke nach Wertsachen. Vermutlich aus Frust weil der Opferstock sich nicht öffnen ließ oder aber auch aus einfachem Zerstörungswillen wurde dann der Blumenschmuck im Altarbereich beschädigt. Entwendet haben die Täter letztlich Kerzen, Grablichter sowie mehrere Flaschen verschiedener Getränke, heißt es.

Das mutwillige, bössartige Zerstören christlicher Symbole und die Verwüstung von Gotteshäusern ([PI-NEWS berichtete](#)), bis hin zur völligen Vernichtung durch Brandlegung, wir [erinnern an die Willehadi-Kirche in Garbsen](#) bei Hannover, greift seit einigen Jahren immer mehr Raum in Deutschland und steht in den meisten Fällen zuallererst mit dem Christenhass des Islams in kausalem Zusammenhang. (lsg)

---



# Umma in Unna: 50 Männer kämpfen mit „Messern und Stöcken“

Von JOHANNES DANIELS | Das Resultat, wenn 50 Anhänger der Religion des Friedens die Katharinenkirmes in Unna – Nordrhein-Westfalen – besuchen, gestaltete sich wie folgt: Nach Zeugenaussagen fingen bis zu 50 Menschen am Samstagabend eine „Schlägerei“ mit Messern und Stöcken an. Die Aggressionen waren von einer größeren Gruppe Asylbewerber ausgegangen, Zeugen sprachen von Personen arabischen beziehungsweise südländischen Aussehens. Ein Großaufgebot der Polizei, 16 Streifenwagen aus dem ganzen Kreisgebiet, Dortmund, Soest und Hamm, „beruhigte“ dann die Situation auf der fröhlichen Katharinenkirmes.

[Laut Polizei](#) waren teilweise dieselben Personen beteiligt, wie bereits bei einer „Schlägerei“ am Freitagabend am Hauptbahnhof in Unna. Bei dieser Auseinandersetzung sollen Gäste einer Schankwirtschaft durch Personen aus einer größeren Gruppe von Asylbewerbern unterschiedlicher Nationalitäten angegriffen worden sein – wobei laut Polizeibericht ebenfalls Stöcke und Messer „im Spiel“ gewesen waren.

## Jedes Mal waren „Bönener“ beteiligt

Am Freitagabend ging in Unna zunächst der Notruf ein, dass eine männliche Person ein Mädchen verprügele. Vor Ort stellte

sich heraus, dass ein 16-jähriger „Bewohner einer Jugendhilfeeinrichtung [aus Bönen](#)“ (im Klartext: MUFL) ein 17-jähriges Mädchen angegriffen hatte, das darauf ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Der stark alkoholisierte „Junge“ wurde mit zur Wache genommen, um ihn von dort in die Obhut eines „Sorgeberechtigten“ – im wahrsten Sinne des Wortes – zu entlassen. Laut Polizeiangaben verhielt sich der „Bönener“ allerdings sehr aggressiv, pöbelte herum und trat so gegen das Mobiliar, dass dies nicht zu verantworten war. Bis zu seiner Ausnüchterung bekam er „Kost und Logis“ in einer Gewahrsamszelle der Polizei.

Danach sollen Kneipen-Gäste von Mitgliedern einer größeren Gruppe von „Bönenern“ unterschiedlicher Nationalität angegriffen worden sein. Ein 47-Jähriger aus Unna wurde schwer und ein 25-jähriger Unnaer ebenfalls verletzt ins Krankenhaus Unna eingeliefert.

Zwei 18- und 19-jährige tatverdächtige Syrer aus Bönen und Unna-Massen wurden im Rahmen der Fahndungsmaßnahmen „vorläufig“ festgenommen. Die Ursache der „Auseinandersetzungen“ könne in einem mehrere Wochen zurückliegenden „Konflikt“ zwischen Asylbewerbern und Deutschen liegen. Nach Durchführung der polizeilichen Maßnahmen wurden die syrischen Schutzbedürftigen zwischenzeitlich wieder entlassen.

### **Unna – Unna-türliche Häufung von Vorfällen**

Die Polizei spricht bei den Unnaer „Kirmes-Vorfällen“ von einer „[ungewöhnlichen Häufung](#)“ EINSCHLÄGIGER Auseinandersetzungen: Der Personenkreis bestand aus bunt gemischten Nationalitäten – sowohl Deutsche als auch Serben, Libanesen, Syrern und Personen arabisch-südländischen Aussehens waren mit von der Kirmes-Partie. Am Freitag- und Samstagabend waren Asylbewerber unterschiedlicher Nationalitäten, hauptsächlich syrischer, aber auch afrikanischer Herkunft, mit Deutschen „aneinandergeraten“.



Zeugen sagten aus, dass in beiden Fällen zuerst die Deutschen angegriffen worden seien.

## **Polizei „Bunt gemischte Nationalitäten“ – Massen kamen nach Massen**

Dabei hat begann die Belegung der Erstaufnahmeunterkünfte in „Massen“ und „Bönen“ zunächst sehr ambitioniert: In Unna-Massen entstand sogar eine EAE (Erstaufnahmeeinrichtung) des „modernsten Typs“ (!). Die Kosten dafür trug das Land Nordrhein-Westfalen, also der dort ansässige Steuersklave. Angesichts leerer Haushaltskassen war allerdings bald „Schicht im Schacht“ für die Kostenträger. Doris Kuhnt, Mitarbeiterin der Asylstelle Unna-Bönen führt exemplarisch „Krankenkosten“ an, welche die Gemeinde übernehme: „Allein für eine schwer kranke Frau aus dem Irak liefen innerhalb von zwei Jahren Behandlungskosten in Höhe von rund 120.000 Euro auf“.

Für 2014 gab es [eine Prognose](#), dass 230.000 Flüchtlinge nach NRW kommen würden, diese Prognose wurde dann auf 450.000 Personen korrigiert. Im Juni des Jahres 2015 wurden die zahlenmäßigen Erwartungen an die vollumsorgten „Relocation-Suchenden“ jedoch bereits deutlich übertroffen.

## **One-Stop-Shop-Asylaufnahmeeinrichtung wie „Bürgeramt konzipiert“**

Landrat Michael Makiolla betonte zur [Eröffnung der EAE](#), dass die Übernahme der Kosten für die Her(r)ichtung und Einrichtung der Räumlichkeiten sowie die Finanzierung der Betriebs-, Sach- und Personalkosten komplett vom Land NRW übernommen werden: Die Erstaufnahmeeinrichtung sei wie ein „Bürgeramt konzipiert“ und unterstreiche die von Landrat Michael Makiolla betonte Willkommenskultur. Im „Welcome-One-Stop-Shop“ übernimmt die Kreisverwaltung die ausländerrechtliche Registrierung, die Organisation von medizinischen und radiologischen Untersuchungen und den weiteren Transfer der Asylbewerber in andere Kommunen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

(BAMF) entscheidet sogar vor Ort in Massen über die gestellten Asylgesuche der neuen Willkommens-Bürger. Michael Makiolla, SPD, ist seit 2004 Landrat in Unna und engagierte sich früher in der so genannten „Friedensbewegung“. „Hier in Unna sind wir jetzt durch die Einrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung in der Lage, Asylverfahren innerhalb von 14 Tagen abzuwickeln ... Dabei dauerten die Asylverfahren aufgrund des viel zu knappen Personals und der fehlenden Örtlichkeiten bislang oft Wochen, manchmal sogar Jahre und Jahrzehnte“, ergänzte Landrat Makiolla: Ein dann noch abgelehntes Asylverfahren sei für die Betroffenen „eine absolute Katastrophe“.

### **Unna vs. Umma – „Kirmes wird noch lange in Erinnerung bleiben“ – für umme..!**

Als absolute Katastrophe für die „Länger hier Lebenden“ gestaltete sich aber auch die Massen-Einwanderung nach Massen und Bönen und die Teilhabe an den öffentlichen Lustbarkeiten: Die [Katharinenkirmes](#) (Kirmes kommt von Kirch-Messe ...) wurde früher zu Ehren der Heiligen Katharina abgehalten. Sankt Katharina sollte zunächst von den Nicht-so-Christlichen mittels Nägeln „gerädert“ werden, man entschied sich dann nach vielen untauglichen Versuchen aber doch für eine „Casual Enthauptung“.

Der Begriff „Umma“ steht für eine Gemeinschaft, die über den Rahmen eines „Stammes oder Clans hinausreicht“ und wird allgemein für die religiös fundierte Gemeinschaft der Muslime verwendet.

Aus der Werbung: „Die [Katharinenkirmes](#) in Unna ist ein „erlebnisreiches Fest für die ganze Familie und wird bei vielen Besuchern noch lange in Erinnerung bleiben“.

Würde ein Mob Deutscher mit Messern und Stöcken auf Ich-reise-um-die-halbe-Welt-durch-zig-sichere-Länder-gezielt-in-das-Land-mit-hohen-Sozialleistungen-„Schutzsuchende“ oder Migranten losprügeln, käme dies 24-Stunden lang eine Woche in

den Medien und Frau Merkel würde mit betretener Miene den Tatort besuchen und zum „Kampf gegen Rechts“ aufrufen. In diesem Fall berichtet als einziges überregionales MS-Medium der „Focus“ unter „Regionales“, von einer „[Schlägerei mit vielen Beteiligten](#)„.

Auch [Übergriffe auf Kinder](#) finden kein größeres Echo in den „Qualitäts“-Medien:

*Altenkirchen (ots) – Ein Vater aus der VG Altenkirchen erscheint am Freitag, 20.10.2017, 17:40 Uhr, mit seiner 11-jährigen Tochter auf der Polizei Altenkirchen. Er gibt an, dass seine Tochter auf dem Weg von der Karlstraße in Richtung Wiedstraße war, als sie an der Ausfahrt des REWE Marktes von 5 dunkelhäutigen, jungen Männern im Alter von ca. 20 Jahren angesprochen wurde. Im weiteren Verlauf habe man angefangen, die Tochter herumzuschubsen und an den Oberarmen festzuhalten. Die Tochter habe versucht, sich loszureißen um wegzulaufen. Dabei habe sie geschrien und um Hilfe gerufen. Erst als ein ca. 50 jähriger Mann von kräftiger Statur und grauem Oberlippenbart hinzugekommen ist, konnte sie weglaufen. Wer kann Hinweise zu dem Vorfall geben? Hinweise bitte an die Polizei Altenkirchen unter 02681/9460 oder per Mail [pialtenkirchen@polizei.rlp.de](mailto:pialtenkirchen@polizei.rlp.de)*

[Bild-online](#) berichtet über „junge Männer“, die den Botanischen Garten in München in eine „Angstzone“ verwandelt haben:

*„NEIN“, sagen beide sofort. „Es ist unangenehm, so angestarrt zu werden“. Sie deuten auf die jungen Männer. „Wir wollten eigentlich ins Café, haben aber keinen Platz bekommen. Früher war es hier total schön, aber jetzt ist es eine Katastrophe.“ Eine Bedienung vom Café zu BILD: „Früher joggtten viele Frauen durch den Botanischen Garten. Jetzt machen sie einen großen Bogen um den Park oder drehen sofort um, wenn sie sehen, was sich hier abspielt.“ Erst Ende August hat ein 18-jähriger Afghane versucht, eine junge Frau (17) zu vergewaltigen. Nur*

*der Warnschuss eines Polizisten konnte ihn stoppen. Nicht mal vor dem Kinderspielplatz haben die Männer Respekt – obwohl sie das Gelände eigentlich nicht betreten dürfen. Ado aus Bosnien spielt mit seiner kleinen Tochter im Sandkasten. Der Familienvater zu BILD: „Es ist schlimm geworden in den letzten drei Jahren.“*

Auch aus dem österreichischen Linz wird berichtet, dass der dortige Hessenplatz wegen „junger Männer“ von der angestammten Bevölkerung nicht mehr gerne betreten würde. „Selbst die Obdachlosen-Szene, die es hier traditionell früher gab, ist bereits aus dem Park verschwunden. Ihnen sei die Szene zu hart geworden“, berichtet [Wochenblick.at](http://www.wochenblick.at).



## **CDU lässt sich von islamischer Gas-Mafia schmieren**

Immer wenn die Aussitzerin vom Dienst plötzlich Aktionismus zeigt, folgt ein ganzer Rattenschwanz von Problemen. Seit 2011 lässt Merkel jedes Jahr eines der sicheren deutschen Atomkraftwerke abstellen – und hat damit einen neuen Energiehunger losgetreten. Dieses Jahr läuft außerdem die Steinkohleförderung aus. Der dörferverschlingende rheinische Braunkohletagebau steht ohnehin permanent politisch auf der

Kippe und die Cannabisfraktion in Merkels Jamaicabündnis will 20 Kohlekraftwerke abstellen. Zusätzlich wird von BündnisCDU17/DieGrünen der Verbrennungsmotor gemobbt und Elektromobilität gefordert.

Daher stellt sich die Frage: Wie kommt bei steigendem Stromverbrauch zukünftig der Strom in die Steckdose? Womit werden Industrie, Verkehr und Haushalte am Laufen gehalten? Und was kostet das? Lauter Fragen, die im Wahlkampf penibel ausgeklammert wurden.

Von einer flächendeckenden Ökostromversorgung dank ausgereifter Speichertechnologie sind wir Lichtjahre entfernt – zumal immer deutlicher wird, dass die Herstellung von Batterien an das Vorhandensein seltener Erden gekoppelt ist.

Die [Klimakteriumskanzlerin](#) wird daher Energie zukaufen müssen. Sie wird mehr Erdgas kaufen. Es wird ihr nichts anderes übrig bleiben. Die Frage ist nur, wo Merkel kauft. [PI-NEWS berichtete bereits ausführlich](#) über den Wettstreit, den Merkels standortgefährdendes Verhalten ausgelöst hat. Gazprom und BASF wollen die Ostseepipeline ausbauen, während die Türkei und Aserbaidschan kurz vor der Fertigstellung der Transanatolischen Pipeline stehen, mit der Erdgas aus dem Kaspischen Meer nach Europa fließen soll. Dazu kommt noch das steigende Flüssiggasangebot-Angebot der [Amerikaner](#), [Australier und Katarer](#). Sie alle wollen den lukrativen europäischen Markt beliefern. Die USA kämpfen [zumindest offen](#) für ihren Fracking-Gas-Export. Aserbaidschan geht subtiler vor.

Die [JF berichtet](#):

*Die Frankfurter CDU hat eine unzulässige Parteispende aus Aserbaidschan angenommen. Zu diesem Schluß kam die Bundestagsverwaltung vor wenigen Tagen, berichteten WDR, Süddeutsche Zeitung und Abgeordnetenwatch.de. Die Partei habe dies auf Anfrage eingeräumt. Demnach habe der Frankfurter Kreisverband der CDU Ende Februar 2012 28.000 Euro des*

*staatlichen aserbaidischen Öl- und Gasunternehmens Socar überwiesen bekommen. Daraufhin folgte ein vier Jahre andauernder Rechtsstreit mit der Bundestagsverwaltung, von dem die Öffentlichkeit allerdings nichts erfuhr. [...]*

Ob weitere Gelder aus Aserbaidschan an CDU-Kreisverbände geflossen sind, geht aus dem Bericht nicht hervor. Aus Sicht der SOCAR ist ein solcher „Austausch mit politischen Funktionsträgern“ ganz normal, wie die [Süddeutsche Zeitung](#) herausfand:

*Anders Elmar Mamedov, der Deutschland-Chef von Socar. Der Austausch mit politischen Funktionsträgern sei ihm „vor dem Hintergrund der geopolitischen Bedeutung Aserbaidschans und Socars wichtig“, allein die bis 2019 fertigzustellende Gaspipeline durch sieben Staaten erfordere dies. Das Projekt hatte sich 2013 mit Unterstützung des damaligen EU-Kommissars für Energie, des deutschen CDU-Politikers Günther Oettinger, gegen das Konkurrenzvorhaben „Nabucco“ durchgesetzt. In Deutschland nehme Socar soziale Verantwortung wahr und spende darum nicht nur an Parteien, sondern auch an Kultur- und Sportvereine, sagt Mamedov. Zu Details und möglichen Spenden an andere deutsche und europäische Parteien will er sich nicht äußern.*

## **Oettinger gegen Österreichs Energieprojekt Nabucco – interessant**

Für SOCAR läuft es offenbar wie geschmiert. Pikant ist nämlich, dass Aserbaidschan zum Spendenzeitpunkt bereits heimlich einen Vertrag mit der Türkei geschlossen hatte. 2002 begannen in Wien die Planungen zur Nabucco-Pipeline, mit der aserbaidisches Gas nach Europa fließen sollte. Am 26. Dezember 2011 unterzeichneten Aserbaidschan und die Türkei hinter dem Rücken Österreichs einen neuen Pipeline-Vertrag und besiegelten den Bau der TANAP (Transanatolische Pipeline). Kurze Zeit später wird die CDU Frankfurt geschmiert.

Angesichts Oettingers Engagement fragt man sich, ob weitere CDU-Verbände auf SOCARS Spendenliste stehen.

Erst 2013 wurde Nabucco offiziell für tot erklärt. Österreich hat Millionen in türkisch-aserbaidschanischen Sand gesetzt. Nachdem Österreich gewahr wurde, dass Aserbaidschan und Türkei tatsächlich mit dem [Bau der TANAP](#) beginnen, [verklagte die OMV](#) den türkischen Ministerpräsidenten vor der Weltbank auf Schadensersatz. Im [Oktober 2015 zog die OMV die Klage dann zähneknirschend zurück](#). In der Zeit dazwischen hatte die Türkei Europa nämlich auf der Route der Nabucco-Pipeline mit Flüchtlingen geflutet.

### **Noch etwas ist pikant**

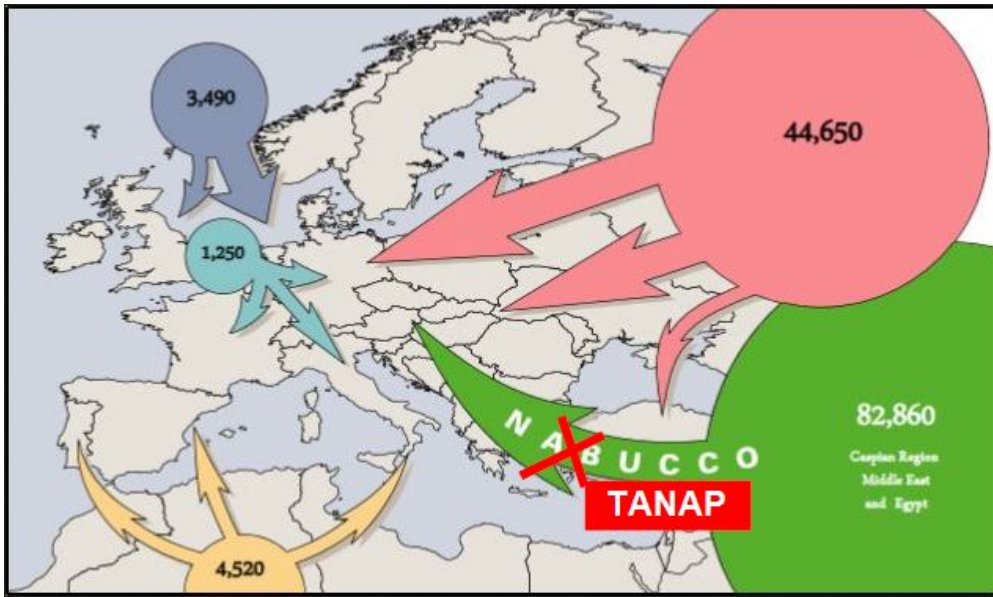
Als im Oktober letzten Jahres zwei Tage vor Putins Besuch in Deutschland bei BASF in Ludwigshafen ein immer noch [nicht gerichtlich belangter Fremdarbeiter](#) eine Pipeline zur Explosion brachte und damit einen Matrosen und mehrere Männer der Werksfeuerwehr tötete, [tönte der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen](#), die zweite Ostseepipeline dürfe nicht gebaut werden. Die CDU bekämpft die Aserbaidschan-Konkurrenz völlig ungerührt kurz nach einer tödlichen Explosion – während sie sich von der SOCAR schmieren lässt. An die Sache sollte dringend eine Staatsanwaltschaft ran, denn die Bundestagsverwaltung kann die Hintergründe der Spende nicht klären.

Nach wie vor ist auch ungeklärt, wieso Merkel ausgerechnet nach [Bekanntgabe des Ausbaus](#) der Ostseepipeline durch die Firmen Gazprom und BASF zum Telefonhörer griff und Deutschland mit Flüchtlingen aus der Türkei fluten ließ. Vielleicht hatte Aserbaidschan der CDU zu wenig gezahlt und die Türkei wollte mit geschenkten Menschen nachhelfen?

Schließlich will die Türkei doppelt so viel Erdgas wie Russland liefern. Momentan ist die Rede von lächerlichen 10 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr aus Aserbaidschan. Doch



Erdogan will auf längere Sicht Russland ausbooten. Und mittendrin wurschtelt unsere Kanzlerin.



## Molenbeek will „provozierenden“ Besuch von Geert Wilders verbieten

Filip Dewinter, Vorsitzender der belgischen Partei Vlaams Belang will am kommenden Freitag mit Geert Wilders von der niederländischen PVV die belgische Dschihadistenhochburg Molenbeek, in der die islamischen Mörder der Anschläge von [Paris](#) und [Brüssel](#) Unterschlupf gefunden hatten, besuchen. Das möchte Francoise Schepmans, Bürgermeisterin der Stadt



unbedingt verhindern. Gemeinsam mit der Polizei wolle man alle Maßnahmen ergreifen, um jegliche „Provokation“ (der moslemischen Eroberer) zu verhindern, [kündigte sie an](#).

Dewinter nennt Molenbeek die „Hauptstadt des Dschihad“ in Europa und Geert Wilders verglich das Terroristennest mit der syrischen Stadt Rakka, die als die Hauptstadt des IS-Kalifats traurige Schlagzeilen machte.

### **Dewinter will sich nicht verbieten lassen durch sein eigenes Land zu gehen**

Der Vlaams Belag-Vorsitzende will sich sein Vorhaben aber auf keinen Fall verbieten lassen. „Wir gehen trotzdem. Geert und ich machen eine Tour durch Molenbeek und Brüssel durch die vom Islam besetzten Viertel“, so Dewinter. Die Realität in Molenbeek sei, dass dort in der Hauptsache Arabisch gesprochen werde, die Moschee das Rathaus und der Imam den Bürgermeister ersetzen würde. DAS sei die Provokation, kontert er jenen, die ihm, einem demokratisch gewählten Bürgervertreter, verwehren wollen mit einem Politiker eines befreundeten Staates durch sein eigenes Land zu laufen. Schepmans hingegen geht sogar soweit, die „Islam-Safari“ der beiden, wie die Tour auch genannt wurde, verbieten zu wollen.

### **Wilders wird bestätigt**

Die offizielle Begründung dieses skandalösen Vorgehens lautet, das Vorhaben sei nicht nur „provokant“, sondern man könne auch nicht für die Sicherheit der beiden Islamkritiker garantieren.

Diese Aussage allerdings bestätigt nur Geert Wilders, der seit Jahren vor der Gewaltherrschaft des Islams nicht nur in Holland, sondern in ganz Europa warnt. Wenn die Islamisierung weiter voranschreite sei es fraglich, ob die Niederlande am Ende des Jahrhunderts noch existieren würden. Aber die anderen Parteien lehnten es ab, auch nur über diese Frage nachzudenken. „Das ist Selbstmord“, so Wilders. (lsg)



## **Viktor Orban: „Wir wollen bleiben, wie wir sind“**

Bei einer Diskussion im Medienzentrum der [PNP](#) (Passauer Neue Presse) in Passau vergangene Woche sprach sich der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban klar gegen eine Einwanderung kultur- und gesellschaftsverändernder Personen aus. In Europa gäbe es zwei unterschiedliche Ansätze der Migrations- und Flüchtlingspolitik, erklärte er. Einige Länder, zum Beispiel Deutschland, Italien oder Frankreich, hätten sich dazu entschieden, Einwanderungsstaaten werden zu wollen. Dort wolle man das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Religionen organisieren. „Wir in Mitteleuropa, zum Beispiel wir Ungarn, wir haben die Entscheidung getroffen, das nicht zu wollen“, wurde der ungarische Staatschef deutlich und präziserte den ungarischen Standpunkt: „Wir wollen nicht mit Menschen zusammenleben, die nicht von uns stammen und eine andere Herkunft haben und einer anderen Kultur angehören. Wir wollen bleiben, wie wir sind“, so Orban.

---



# Berliner Polizei: Wählen Sie nicht den Notruf, das ist sinnlos!

[Nicolaus Fest](#) berichtet aktuell: *Freunde beobachten in Berlin den Streit zwischen einem jungen Paar mit Migrationshintergrund. Sie wirft ihm vor, er habe sie betrogen, er sagt ihr ähnlich freundliche Dinge. Großes Gebrülle, Tätlichkeiten sind nicht auszuschließen. Wie soll man reagieren? Zu schlichten versuchen? Das könnte die Wut des Paares auf die Schlichter lenken. Auch weiß man nicht, ob nicht einer bewaffnet ist, ein Messer ziehen könnte. So rufen die Freunde die Polizei – oder versuchen es zumindest.*

*4, 5 Minuten gehen ins Land, niemand reagiert auf den Notruf. Dann endlich meldet sich die Zentrale, schickt eine Streife. Als die weitere 5 Minuten später eintrifft, hat sich das Pärchen beruhigt. Auf die lange Wartezeit angesprochen, meinen die Polizisten, den Notruf zu wählen sei eigentlich sinnlos, die Zentrale sei chronisch unterbesetzt. Besser, man suche sich die Nummer des örtlichen Reviers. Das könnte deutlich schneller reagieren.*

Wer hat auch nicht, egal wo er sich gerade aufhält in einer Stadt wie Berlin, die Telefonnummer des nächsten Polizeireviers parat. Eine Bankrotterklärung! Und im Grunde das Eingeständnis, dass die Polizei in Berlin nicht mehr in der Lage ist Recht und Ordnung durchzusetzen und noch weniger

für die Sicherheit der Bürger zu sorgen.